

## **OLG München bestätigt 1,85 € für Übersetzung von Rechtshilfeersuchen**

In seinem Beschluss vom 13. Juni 2005 (Az. 2 Ws 432/05) hat das Oberlandesgericht München seine Linie bestätigt, dass eine Vielzahl von juristischen Fachausdrücken einen Zeilenpreis von 1,85 € rechtfertigt, im Beispielsfall bei der Übersetzung von „Erledigungsstücken“ eines **Rechtshilfeersuchens vom Polnischen ins Deutsche**.

Interessant ist das weitere Argument, bei Rechtshilfeersuchen müsse besonders sorgfältig übersetzt werden, weil sich der Inhalt nicht aus einer Vernehmung oder Verhandlung ergibt, sondern weil sich das erkennende Gericht voll auf die Übersetzung verlassen muss.

Das OLG München misst dem Unterschied zwischen „Erschwernis“ nach ZSEG und „erheblicher Erschwernis“ nach JVEG nicht die Bedeutung bei, dass die Anforderungen an die Schwierigkeit nun erheblich höher seien. Angesichts des Abstands von 1,25 zu 1,85 einerseits und von 1,85 zu 4,00 € andererseits solle damit nur gewährleistet werden, dass 1,85 für mittelschwere und nicht für nur unmerklich schwierigere Texte gezahlt werden.

Der Senat betont außerdem, dass die Anforderungen an die Schwierigkeit nach JVEG und ZSEG gleich auszulegen sind, dass ein Übersetzer, der nach ZSEG mehrmals Honorarsätze in der Größenordnung von annähernd 1,85 bekommen hat, dies für gleichartige Übersetzungen nach dem JVEG auch bekommen muss!!!

Hier Auszüge aus der Begründung:

„Rechtshilfeersuchen und deren Erledigungsstücke enthalten zwangsläufig zumindest eine Vielzahl juristischer Fachausdrücke, die in jedem Fall deutlich über den Wortschatz eines nicht fachgebundenen Alltagstextes hinausgehen und deshalb deutlich höhere Anforderungen an den Übersetzer stellen. Dies gilt insbesondere für die Förmlichkeiten des Rechtshilfeverkehrs sowie etwaige **juristische Belehrungen** und Feststellungen. ...

Schon die im Gesetz lediglich beispielhaft genannte Verwendung von Fachausdrücken in dem zu übersetzenden Text indiziert somit bei der Übersetzung von Rechtshilfeunterlagen die Ansetzung des erhöhten Zeilenhonorars. Unabhängig von diesem indizierenden Regelbeispiel des Gesetzes ist die Übersetzung von Rechtshilfeunterlagen jedoch ihrer Natur nach bereits deshalb als erheblich erschwert i.S.d. § 11 Abs. 1 Satz 2 JVEG einzustufen, weil vom Übersetzer hierbei eine über **das alltägliche Normalmaß hinausgehende besondere Sorgfalt** verlangt werden muss. Denn seine Übersetzung wird vielfach unmittelbare Grundlage für Sachverhaltsdarstellungen und darauf gestützte rechtliche Entscheidungen sein, die nicht im Prozess nochmals überprüft wird. Dies gilt insbesondere für Vernehmungsprotokolle ...

Zu Recht weist der Beschwerdeführer darauf hin, dass der **Grad der Erschwernis objektiv und nicht subjektiv nach den persönlichen Fähigkeiten des Übersetzers zu bemessen ist**, insbesondere nicht die Übersetzung ein und desselben Textes mit Fachbegriffen in einer bestimmten Richtung für einen auf diesem Sachgebiet routinierten Übersetzer als alltäglich und deshalb leichter eingestuft werden kann, als für einen Übersetzer, der sich diese Erfahrung und Routine noch nicht erarbeitet hat.

...

Der **Einfügung des Wortes „erheblich“** im Zusammenhang mit dem ersten Erschwernisgrad kommt hingegen nach Auffassung des Senats kein zusätzlicher honorarbeschränkender Charakter im Vergleich zur früheren Regelung zu. Vielmehr dient dessen Einfügung im Zusammenhang mit dem ersten Erhöhungsgrad lediglich dazu,

diesen trotz seiner betragsmäßigen Annäherung an den Grundbetrag ... auch von den sachlichen Anforderungen her **als „mittleren“ Schwierigkeitsgrad zu kennzeichnen.** ...

Dem entspricht im Übrigen auch die Handhabung des alten Rechts gegenüber dem Beschwerdeführer **bei gleichartigen Übersetzungsarbeiten** anlässlich seiner Rechnungen vom ..., wo mit 1,60 bzw. 1,80 € je Zeile innerhalb der damals für erhöhte Schwierigkeitsgrade geltenden Rahmensätze annähernd Beträge in Höhe des heutigen Festsatzes des ersten Erhöhungsgrades zugebilligt wurden.“